

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bebauungsplanung
und Genehmigungen
IX. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin
Telefon 90295 - 5002 / 5003
Fax 90295 - 6515
E-Mail bvv-buero@ba-pankow.berlin.de
Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

Berlin, den 15.09.2022

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bebauungsplanung und Genehmigungen ein.

am Donnerstag, 22.09.2022

um 19:30 Uhr

im Haus 7, BVV-Saal, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin, Fröbelstraße 17

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Protokollkontrolle (Protokolle vom 1.6.2022, 25.8.2022 und 8.9.2022) (ca. 5 min)
- 2 Leitbild Arkenberge (ca. 20 min)
- 3 Prioritäten Bebauungspläne (ca. 20 min)
- 4 Bebauungspläne 3-42 und 3-43 Brunnengalerie Buch (ca. 20 Minuten)
- 5 Bericht des Bezirksamtes (ca. 15 min)
- 6 Drucksachen:
 - 6.1 Erhalt von Bäumen in Planungsgrundlagen verankern - Drucksache: IX-0262 (ca. 10 min)
 - 6.2 Realisierung eines Oberschulstandortes und von Wohnungsbau an der Lilli-Henoch-Straße 10/12, zwischen Prenzlauer Allee und Greifswalder Straße, Eisenbahn von S-Bahnhof Prenzlauer Allee nach S-Bahnhof Greifswalder Straße - Drucksache: IX-0289 (ca. 10 min)
 - 6.3 Die Pistoriusstraße sicherer machen - Drucksache: IX-0241 (ca. 10 min)
 - 6.4 Online-Formular für Artenschutz-Meldungen von Gebäudebrütern - Drucksache: IX-0280 (ca. 10 min)
- 7 Sonstiges (ca. 5 min)

Mit freundlichen Grüßen

gez. Frederik Bordfeld
Ausschussvorsitzender



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0262

Antrag

Linksfraktion

Ursprung:
 Antrag, Linksfraktion
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

15.06.2022 BVV

BVV/007/IX

Betreff: Erhalt von Bäumen in Planungsgrundlagen verankern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, bei allen Planungen, Machbarkeitsstudien und Entwürfen, die für die Umgestaltung von Stadträumen wie der Neugestaltung von Grünanlagen angefertigt werden, die existierende gesunde Bepflanzung (insbesondere von Bäumen) als unbedingt zu erhaltend vorzusehen. Außerdem wird das Bezirksamt ersucht, proaktiv und transparent Gründe öffentlich darzustellen, wo der Erhalt des Baumbestandes nicht mit den Zielen der geplanten Maßnahmen in Übereinstimmung gebracht werden kann.

Berlin, den 01.06.2022

Einreicher: Linksfraktion,
 gez. BV Matthias Zarbock, BV Kirsten Wechsberger, BV Dr. Stella Babian

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

federführend

Stadtentwicklung, Bebauungsplanung und Genehmigungen

Begründung:

Es ist der Bevölkerung weder zu erklären, noch überhaupt sinnvoll im Sinne der Klimawandelanpassung, wenn bei Baumaßnahmen schon in Planungen der Verlust von Bäumen in Kauf genommen wird. Beispiele wie die Baumfällungen zur „Aufwertung der Grünanlage“ Paule-Park, stoßen auf Unverständnis. Damit sinken auch die Akzeptanz für das Handeln der Verwaltung und damit der Respekt gegenüber der Kommunalpolitik. Deshalb sollte bereits in einer frühen Planungsphase darauf Rücksicht genommen, und schon bei Beginn von Planungen der Baumbestand als schützenswert ausgewiesen werden, was auch öffentlich bekannt gemacht werden sollte. Sollten Maßnahmen, deren Sinn und Zweck weithin akzeptiert sind, nur durch Eingriffe in den Baumbestand realisiert werden können, ist dies offen zu kommunizieren.

Antrag der Linksfraktion

Drs. IX-0262

Betreff: Erhalt von Bäumen in Planungsgrundlagen verankern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, bei allen Planungen, Machbarkeitsstudien und Entwürfen, die für die Umgestaltung von Stadträumen wie der Neugestaltung von Grünanlagen angefertigt werden, die existierende Bepflanzung (insbesondere mit Bäumen) als unbedingt zu erhaltend vorzusehen, falls diese eine ausreichende Erhaltungsperspektive hat und eine signifikante ökologische Funktion erfüllt, als unbedingt zu erhalten vorzusehen. Außerdem wird das Bezirksamt ersucht, proaktiv und transparent Gründe öffentlich darzustellen, wo der Erhalt des Baumbestandes nicht mit den Zielen der geplanten Maßnahmen in Übereinstimmung gebracht werden kann.

Begründung:

Es ist der Bevölkerung weder zu erklären, noch überhaupt sinnvoll im Sinne der Klimawandelanpassung, wenn bei Baumaßnahmen schon in Planungen der Verlust von Bäumen in Kauf genommen wird. Beispiele wie die Baumfällungen zur „Aufwertung der Grünanlage“ Paule-Park, stoßen auf Unverständnis. Damit sinkt auch die Akzeptanz für das Handeln der Verwaltung und damit der Respekt gegenüber der Kommunalpolitik. Deshalb sollte bereits in einer frühen Planungsphase darauf Rücksicht genommen, und schon bei Beginn von Planungen der Baumbestand als schützenswert ausgewiesen werden, was auch öffentlich bekannt gemacht werden sollte. Sollten Maßnahmen, deren Sinn und Zweck weithin akzeptiert sind, nur durch Eingriffe in den Baumbestand realisiert werden können, ist dies offen zu kommunizieren.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0289

Antrag

Fraktionen Bündnis90/ Die Grünen und
FDP

Ursprung:

Antrag, Fraktionen Bündnis90/ Die Grünen und FDP

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

15.06.2022 BVV

BVV/007/IX

Betreff: Realisierung eines Oberschulstandortes und von Wohnungsbau an der Lilli-Henoch-Straße 10/12, zwischen Prenzlauer Allee und Greifswalder Straße, Eisenbahn von S-Bahnhof Prenzlauer Allee nach S-Bahnhof Greifswalder Straße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, zeitnah und aktiv das Gespräch mit dem Grundstückseigner Lilli-Henoch-Straße 10/12, Ringbahn zwischen Prenzlauer Allee und Greifswalder Straße, zu suchen und zielgerichtete Verhandlungen im Sinne der Realisierung eines Oberschulstandortes und dem Neubau von Wohnungen und Gewerberäumen zu führen. Ziel der Verhandlungen soll ein Kompromiss sein, der sowohl die Interessen der Stadt Berlin, des Bezirks Pankow und des Grundstücks Eigners zum Wohnungsbau als auch die bezirklichen Interessen zum Schulbau berücksichtigt.

Dabei ist der Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses „flächensparendes Bauen“ zu berücksichtigen, um die vorhandenen Flächen effektiv zu nutzen und zusätzliche Versiegelung möglichst gering zu halten.

Die Höhe der zu genehmigenden Wohngebäude soll sich an den bestehenden achtzehngeschossigen Hochhäusern im Thälmannpark orientieren.

Ein Anteil von 30% förderfähigem Wohnraum und 70% freifinanziertem Wohnraum sind zu gewährleisten.

In den Planungen soll auch eine Kiezgarage berücksichtigt sein.

Beim Schulbau möge sich das Bezirksamt an den eigenen Planungen der Machbarkeitsstudie zum Gemeinschaftsschulstandort Michelangelostraße orientieren, der eine höhere Bauweise beispielhaft entworfen hat und zeigt, wie flächensparendes Bauen auch beim Schulbau gelingen kann.

Die Belange des Klimaschutzes sowie des Artenschutzes sind bei den Bauvorhaben besonders zu berücksichtigen durch:

- a. einen überwiegenden Anteil erneuerbarer Energien.
- b. den Einsatz möglichst klimafreundlicher Baustoffe und ein hoher Biotopflächenfaktor z.B. durch begrünte Dächer und Fassaden.
- c. Die Förderung der Artenvielfalt, sowie die Ausrichtung der Baukörper an der Biotopverbundplanung (Grünzug).

Berlin, den 08.06.2022

Einreicher: Fraktionen Bündnis90/ Die Grünen und FDP,
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: gez. BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig, BV
 Karsten Gloger
 Fraktion der FDP: gez. BV Dr. Thomas Enge

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____	einstimmig
x	mehrheitlich
44	Ja-Stimmen
2	Gegenstimmen
1	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

_____ federführend
 Stadtentwicklung, Bebauungsplanung und Genehmigungen

Begründung:

Pankow braucht dringend Schulen. Und Pankow braucht dringend Wohnungen.

Baugrundstücke mit guter Anbindung an den ÖPNV sind rar. Noch rarer sind Baugrundstücke mit einer Umgebungsbebauung in Form von Hochhäusern. Politik und Verwaltung tragen eine Mitverantwortung für die massiv steigenden Mieten in Berlin, indem sie zu wenige neue Wohnungen bauen. Deshalb hat sich die rot/grün/rote Koalition darauf verständigt, bis zum Jahr 2030 200.000 Wohnungen zu bauen. Jährlich sollen 20.000 neue Wohnungen entstehen.

Um diese Wohnungsbau-Ziele zu erreichen, ist Berlin erklärtermaßen auch auf die Bautätigkeit von privaten Investor*innen und auf die Unterstützung der Bezirke angewiesen.

Die Grundstücke an der Lilli-Henoch-Straße und am ehemaligen Güterbahnhof Greifswalder Straße eignen sich hervorragend für größere Wohnungsbauvorhaben und bieten zudem ausreichend Platz für die Errichtung eines Schulstandortes.

Dieser Antrag zielt darauf ab, den jahrelangen Stillstand bei der Entwicklung des Güterbahnhofs Greifswalder Straße zu beenden. Ein neues lebenswertes und ökologisch wertvolles kleines Stadtquartier mit einer guten Mischung aus Wohnen, Gewerbe und sozialer Infrastruktur soll an dieser Stelle entstehen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0241

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der CDU
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

04.05.2022 BVV

BVV/006/IX

Betreff: Die Pistoriusstraße sicherer machen**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, geeignete verkehrliche Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen, um die Verkehrssicherheit auf der Pistoriusstraße zu verbessern. Hierbei sind der Anwohnerverkehr, der Busverkehr und der Verkehr zur Notaufnahme der Park Klinik Weißensee mit zu berücksichtigen.

Konkrete Maßnahmen können sein:

- Anbringen von beidseitigen Bodenmarkierungen "Achtung Kinder" auf Höhe der Kitas in der Pistoriusstraße sowie ggf. - in Absprache mit den Kitas - großflächiger Banner, die auf die Einrichtungen hinweisen
- Tempo 30 auf der gesamten Straße, um Beschleunigungs- und Bremsvorgänge zu reduzieren, die zulässige Höchstgeschwindigkeit zu harmonisieren und damit die Verkehrssicherheit zu erhöhen
- Das Anbringen von Fahrradbügeln in einer Parkbucht vor dem Fußgängerüberweg Pistoriusstraße Höhe Hausnummer 70 in Fahrtrichtung Gustav-Adolf-Straße zum Erreichen einer besseren Sichtbeziehung auf den Überweg durch den fahrenden Verkehr (vergleichbar mit VzK zur Drucksache VIII-1000)

Berlin, den 27.04.2022

Einreicher: Fraktion der CDU,
 Dr. Eva Scharfenberg, Jörn Pasternack, Denise Bittner und die weiteren
 Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
52	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

_____ federführend
 Stadtentwicklung, Bebauungsplanung und Genehmigungen
 Mobilität und öffentliche Ordnung

Begründung:

Die Pistoriusstraße hat sich in den letzten Jahren zu einer stark befahrenen Durchfahrtsstraße zwischen Berliner Allee und Prenzlauer Berg bzw. Pankow entwickelt. Die Querung ist v. a. zwischen den Schulstandorten des Primo-Levi-Gymnasiums ein Problem und wurde in der letzten Legislatur schon mit Drucksache VIII-1000 gewürdigt und durch das Bezirksamt im März 2022 umgesetzt.

Der hier vorgelegte Antrag würdigt die „Vorbereitenden Untersuchungen gem. § 141 BauGB für das Untersuchungsgebiet Pankow-Langhansstraße“, zu dem auch die Pistoriusstraße zählt. Im Abschlussbericht werden im Handlungsfeld V3 „Verkehr und Mobilität, öffentlicher Raum“ die Sanierungsziele beschrieben, welche lauten:

- 4.1 Den öffentlichen Raum (Straßen und Plätze) neu aufteilen
- 4.2 Durchgangsverkehre reduzieren
- 4.3 Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum erhöhen und entwickeln
- 4.4 Verkehrssicherheit im öffentlichen Raum erhöhen
- 4.5 Verkehrslärm weitestgehend reduzieren
- 4.6 Nachhaltige Mobilitätsformen stärken und ausbauen

Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen sollen es allen Verkehrsteilnehmern gleichermaßen erlauben, auf der Pistoriusstraße sicher zu verkehren. Und weiterhin sollen die Maßnahmen helfen, die Pistoriusstraße zu einer beruhigten Anwohnerstraße zu entwickeln.

Berlin, 11. September 2022

Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und öffentliche Ordnung**zur Drs. VIII-0241****Die Pistoriusstraße sicherer machen**

An den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bebauungsplanung und Genehmigungen

Sehr geehrter Herr Kollege Bordfeld,

der Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung hat sich auf seiner Sitzung am 1. September 2022 mit der Drucksache befasst. Antragsgegenstand, wie auch die einzelnen, vorgeschlagenen Maßnahmen für den Bereich der Pistoriusstraße, stießen hierbei auf die breite Zustimmung des Ausschusses. Anzumerken war jedoch, dass zur Vermeidung paralleler Planungen die Vorschläge nur im Rahmen des derzeit in Erstellung befindlichen Mobilitätskonzepts für das Sanierungsgebiet Langhansstraße Berücksichtigung finden können. Ein entsprechender Änderungsvorschlag wurde von den Einreicher:innen übernommen.

Der Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung empfiehlt mit 14 Ja-Stimmen, bei keiner Nein-Stimme oder Enthaltung, einstimmig die Annahme der Drucksache in ihrer geänderten Fassung:

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, im Rahmen der Erarbeitung des Mobilitätskonzepts für das Sanierungsgebiet Langhansstraße, geeignete verkehrliche Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen, um die Verkehrssicherheit auf der Pistoriusstraße zu verbessern. Hierbei sind der Anwohnerverkehr, der Busverkehr und der Verkehr zur Notaufnahme der Park Klinik Weißensee mit zu berücksichtigen.

Konkrete Maßnahmen können sein:

- Anbringen von beidseitigen Bodenmarkierungen "Achtung Kinder" auf Höhe der Kitas in der Pistoriusstraße sowie ggf. - in Absprache mit den Kitas - großflächiger Banner, die auf die Einrichtungen hinweisen
- Tempo 30 auf der gesamten Straße, um Beschleunigungs- und Bremsvorgänge zu reduzieren, die zulässige Höchstgeschwindigkeit zu harmonisieren und damit die Verkehrssicherheit zu erhöhen
- Das Anbringen von Fahrradbügeln in einer Parkbucht vor dem Fußgängerüberweg Pistoriusstraße Höhe Hausnummer 70 in Fahrtrichtung Gustav-Adolf-Straße zum Erreichen einer besseren Sichtbeziehung auf den Überweg durch den fahrenden Verkehr (vergleichbar mit VzK zur Drucksache VIII-1000)

Mike Szidat

Vorsitzender Ausschuss MobiOrd



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0280

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

15.06.2022 BVV

BVV/007/IX

Betreff: Online-Formular für Artenschutz-Meldungen von Gebäudebrütern**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, ein Online-Formular für Meldungen von gebäudebewohnenden Brutvogelarten sowie Fledermäusen durch die Zivilgesellschaft einzurichten sowie diese Daten bei Bauberatungen, Bauvoranfragen/ Bauanträgen sowie Antragstellungen für die Nutzung des öffentlichen Straßenraumes für Gerüststellungen im Rahmen von Sanierungen oder Abriss zu beachten, um gezielt Hinweise zum Artenschutz zu erhalten.

Das Formular soll die "fünf W" abdecken (Wer? Wann? Was? Wo? Wie viele?) und auch die Möglichkeit bereitstellen, geschützte, ganzjährig genutzte Habitate in der Umgebung der Lebensstätten mit zu melden. Für die Plausibilisierung der gemeldeten Daten soll das Bezirksamt eine Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden sowie fachlich qualifizierten Einwohner:innen anstreben.

Das Formular soll auf der Internetpräsenz des Bezirksamtes auf der Basis des Formulars beim Bezirksamt Lichtenberg [1] entstehen, das inzwischen auch vom Bezirksamt Spandau [2] übernommen wurde. Alternativ kann das Bezirksamt in Zusammenarbeit mit der Stiftung Naturschutz den "Artenfinder" [3] zeitnah ertüchtigen, sodass dieselbe Funktion wie ein bezirkliches Formular erfüllt wird.

Berlin, den 07.06.2022

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 gez. BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

_____ federführend
 _____ Stadtentwicklung, Bebauungsplanung und Genehmigungen
 _____ Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

Begründung:

An Gebäuden befindliche Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Vögeln und Fledermäusen sind ganzjährig gesetzlich geschützt. Das betrifft ebenso regelmäßig wiedergenutzte Habitats wie Sträucher oder Fassadengrün, die für den Fortpflanzungserfolg der geschützten Arten zwingend notwendig sind. Um solche Lebensstätten und Lebensräume langfristig zu sichern, ist es wichtig zu wissen, wo sich diese befinden. Vor allem bei Sanierungsmaßnahmen werden viele Fortpflanzungs- und Ruhestätten auch durch Unwissenheit zerstört.

In der kleinen Anfrage 0134/IX stellt das Bezirksamt dar: *"Gemäß § 2 der Verordnung über Ausnahmen von Schutzvorschriften für besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten vom 03.09.2014 (791-1-2 - „Gebäudebrüterverordnung“) hat jede Bauträgerin und jeder Bauträger rechtzeitig vor Beginn der Sanierungsmaßnahme zu prüfen, ob Fortpflanzungs- und Ruhestätten gebäudebewohnender Arten betroffen sind und diese der Unteren Naturschutzbehörde anzuzeigen. Die Anzahl der gemeldeten Vorhaben durch das BWA und der unaufgefordert eingehenden Anzeigen (gemäß § 2 der „Gebäudebrüterverordnung“) weichen deutlich voneinander ab. Von Seiten der Vorhabenträgerinnen bzw. -träger erfolgt so gut wie nie eine Meldung von geschützten Fortpflanzungs- und Ruhestätten. Dabei werden der Unteren Naturschutzbehörde häufiger geschützte Fortpflanzungsstätten am Gebäude gemeldet, als ganzjährig genutzte Ruhestätten wie Spatzengebüsche.“*, *"Hier bleibt ihnen nur die eigene Kontrolle und Dokumentation vor Ort, um entsprechende Nachweise von Niststätten aufzunehmen und die Bauträgerinnen und Bauträger zur Erstellung einer gutachterlichen Erfassung zu beauftragen. Dieser Prozess ist zeitintensiv und aufgrund der großen Anzahl an Bauvorhaben im Innenbereich und sonstigen Aufgaben (zusätzlich Bearbeitung von B-Plänen, Eingriffen, § 39 BNatSchG, Handelsartenschutz) nicht zu gewährleisten.“*, *"Die Zahl an Fortpflanzungs- und Ruhestätten, die derzeit jährlich durch personalbedingte nicht mögliche Bearbeitung von Vorhaben im Innenbereich verloren geht, ist leider erheblich.“*

Genau hier können Sichtmeldungen unterstützen, und zudem zur Umweltbildung als Bürger:innen-Wissenschaft ("citizen science") dienen. So entsteht Rechtssicherheit für Bauträger:innen, und durch eine frühzeitige Kartierung und Planung von Ersatz- und Vermeidungsmaßnahmen werden Baustopps vermieden und Bauprozesse beschleunigt.

[1] <https://www.berlin.de/ba-lichtenberg/auf-einen-blick/freizeit/gruen/formular.509219.php>

[2] <https://www.berlin.de/ba-spandau/politik-und-verwaltung/aemter/umwelt-und-naturschutzamt/naturschutz/formular.1095867.php>

[3] <https://berlin.artenfinder.net/node/153>

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bebauungsplanung und Genehmigungen am:
22.09.2022

Beginn: **19:30 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete	Unterschrift	Vertreter
Bocian , Lars - CDU -		
Bordfeld , Frederik - Linke -		
Göring , Christoph - Bü 90/Grüne -		
Groß , Sascha - CDU -		
Kempe , Wolfram - Linke -		
Koufen , Katharina - Bü 90/Grüne -		
Lüssow , Axel - Bü 90/Grüne -		
Mickley , Birgit - SPD -		
N.N. , AfD - AfD -		
Schröder , Roland - SPD -		
Szidat , Mike - SPD -		
Tharan , Almuth - Bü 90/Grüne -		
Zarbock , Matthias - Linke -		
Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
Albrecht , Lisa - Linke -		
Dimter , Jonas - Bü 90/Grüne -		
Gärtner , Artur - FDP -		
Kammermeier , Kathrin - SPD -		

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

**Ausschuss für Stadtentwicklung, Bebauungsplanung und Genehmigungen am:
22.09.2022**

Beginn: **19:30 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

stellv. Bürgerdeputierte

Unterschrift

Vertreter

Garske, Sonja - SPD -

Imhoff, Volker - FDP -

Krings, Thomas - auf Antrag Bü
90/Grüne -

BA-Mitglied

Unterschrift

Vertreter

Tietje, Rona - SPD - BzStRin
